

# Studierende: Zunahme um 13–20 % in den näch

Bildungspolitische Kurznachrichten

## Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK)

Die interkantonale Vereinbarung zum sonderpädagogischen Bereich fand in der Vernehmlassung breite Zustimmung. Zu den wichtigsten Neuerungen gehört, dass die Kriterien der Invalidenversicherung entfallen. Das Konkordat kann jedoch frühestens 2011 in Kraft treten.

\*

Die kantonalen Erziehungsdirektoren stimmen einer umfassenden Harmonisierung der Volksschule zu. Das HarmoS-Konkordat sieht die Einschulung mit vier Jahren, einen obligatorischen Kindergarten, individuell angepasste Lernmöglichkeiten, Blockzeiten und ein Angebot an bedarfsgerechten Tagesstrukturen vor. Die kantonalen Parlamente müssen noch den Beitritt zum Konkordat beschliessen.

## Statistik

Das Bundesamt für Statistik veröffentlicht seine neuesten Szenarien für das ganze Bildungssystem. Demnach dürfte die Anzahl Schülerinnen und Schüler in der obligatorischen Schule und in der Sekundarstufe II in den nächsten zehn Jahren um 8 % zurückgehen, wogegen die Gesamtzahl der Studierenden an den Hochschulen zum Teil wegen der Bologna-Reform zwischen 13 bis 20 % bis 2016 voraussichtlich zunehmen wird. Der Anteil der Professorinnen an den universitären Hochschulen dürfte von 12 % (2005) bis 2015 weiterhin zunehmen, die Grenze von 25 % jedoch nicht überschreiten.

## Universitäten

### Koordination

Die Universitäten von Basel und Zürich wollen in den Bereichen Forschung, Lehre und Administration enger zusammenarbeiten. Die Rektoren der beiden Institute haben eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet. Ein ähnliches Abkommen haben die Züricher bereits 2001 mit der ETH abgeschlossen. Es sieht vor, dass gemeinsame Projekte betrieben werden können und die Professoren an beiden Hochschulen gleichzeitig unterrichten können.



### Basel

Die «Strategie 2007» sieht vor, bis im Jahre 2013 das umfassende Fächerangebot flexibel zu gestalten, was unter anderem impliziert, dass die heutige Fakultäten-Struktur nicht mehr sakrosankt ist. Der Zusammenschluss mehrerer Forscher zu interdisziplinären Kompetenzzentren wird begrüsst.

### Genf

Der Bundesrat und der Genfer Staatsrat genehmigen die Statuten der Stiftung für Hochschulstudien in internationalen Beziehungen und Entwicklung. Die neue Institution ging aus der Verbindung des «Institut universitaire de hautes études internationales» und des «Institut universitaire d'études du développement» hervor.

### Luzern

Die Geisteswissenschaftliche Fakultät wird zur Kultur- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät umbenannt, da vor allem Fächer in diesen Bereichen wie Soziologie, Kulturanthropologie und Religionswissenschaften angeboten werden.

### Zürich

Die Universität will zusammen mit der Stadt Aarau ein Forschungsinstitut «Zentrum für

Demokratie» (ZDA) aufbauen. Die Stimmberechtigten der Stadt Aarau haben dem jährlich wiederkehrenden Kredit von Fr. 785 000.– zugestimmt. Damit wird Aarau Hochschulstandort.

## Eidgenössische Technische Hochschulen

### ETH-Rat

Der ETH-Rat hat die voraussichtlich für 2008 verfügbaren Mittel intern so aufgeteilt, dass die ETH Lausanne einen prozentual wesentlich stärkeren Zuwachs erhält als die grössere ETH Zürich. Die ETH Zürich hat gegen diesen Entscheid eine Aufsichtsbeschwerde beim Eidgenössischen Departement des Inneren eingereicht.

### ETH Lausanne

An der ETH Lausanne ist das Zentrum für bildgebende Verfahren in der Biomedizin eröffnet worden. Das Zentrum ist aus der Zusammenarbeit von fünf im Genferseebogen ansässigen Institutionen entstanden.

## Forschung

Das erneuerte Forschungsabkommen mit der EU für die Jahre 2007 bis 2013 wurde in Luxemburg unterzeichnet.

# chsten 10 Jahren

## Fachbereiche

### Medizin

Das neue Gesetz über die universitären Medizinberufe tritt am 1. September in Kraft. Neu wird es auf eidgenössischer Ebene nur noch eine Schlussprüfung geben, die auf die Berufspraxis ausgerichtet ist. An die Stelle der Zwischenprüfungen treten inneruniversitäre Examen.

\*

Dieses Jahr gibt es im Fach Medizin etwa dreimal so viele Studienanwärter wie Studienplätze. In Bern wurde die Kapazität von 230 auf 255 Studienanfänger erhöht, in Basel von 118 auf 130.

### Fachhochschulen

Die Fachhochschule Zentralschweiz (FHZ) tritt ab Studienjahr 2007/2008 mit dem neuen Namen «Hochschule Luzern» auf mit dem Untertitel «FH Zentralschweiz».

\*

Die Hochschulen Winterthur und Wädenswil sowie die Hochschulen für angewandte Psychologie und für soziale Arbeit fusionieren zur neuen Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften.

### Pädagogische Hochschulen

Die künftige Ausbildung von Lehrkräften an der Fachhochschule Nordwestschweiz richtet sich verstärkt auf neue Laufbahn- und Entwicklungsmöglichkeiten aus. Dazu gehören stufengerechte Studiengänge, die Bildungsforschung als Schwerpunkt und eine Kooperation mit der Universität Basel.

### Kunsthochschulen

Nachdem in erster Instanz der Luzerner Hochschule für Gestaltung und Kunst Master-Studiengänge verwehrt wurden, hat nun der Konkordatsrat der Zentralschweizer Fachhochschule (FHZ) einstimmig beschlossen, das Gesuch der Hochschule für Gestaltung und Kunst (HGK) für die zwei Master-Studiengänge in Design und bildende Kunst an den Bund weiterzuleiten. Für die Einführung dieser beiden Studiengänge sind Investitionen in zweistelliger Millionenhöhe nötig.

## Mittelschulen

### Maturität

Die Schweizer Maturität wird revidiert. Ab Schuljahr 2008/2009 werden Biologie, Physik und Chemie nicht mehr als Gruppe, sondern wie schon vor 1995 wieder als Einzelfächer benotet. Zudem wird ihr Anteil an der Unterrichtszeit etwas erhöht. Geschichte und Geographie werden ebenfalls separat benotet. Neu wird auch die Maturaarbeit bewertet, sodass sie fürs Bestehen der Matur mitzählt. Weitere Änderungen sollen folgen.

### Volksschulen

Die Regierungen der Nordwestschweizer Kantone wollen ihre Bildungssysteme gemeinsam weiterentwickeln, und zwar im Rahmen der nationalen Vorgaben. Die Harmonisierung der Schulstruktur betrifft einzelne Kantone jedoch unterschiedlich.

\*

Die Westschweizer Kantone und das Tessin wollen ihre Lehrpläne aufeinander abstimmen. Es sollen Lernziele und der Aufwand für jedes Fach festgelegt werden. Mit einheitlichen Tests wird ermittelt, ob die Lernziele erreicht wurden. Die kantonalen Parlamente müssen die Vereinbarung ratifizieren. Die Umsetzung ist bis 2014 geplant.

\*

Der Aargauer Grosse Rat beschliesst die Einführung von Englisch als erste Fremdsprache ab der 3. Klasse ab Schuljahr 2008/2009. In den Nachbarantonen Solothurn und den beiden Basel, mit denen ein «Bildungsraum Nordwestschweiz» gegründet werden soll, gilt eine andere Regelung.

\*

Der Nationalrat spricht sich gegen das Frühenglisch aus und wünscht als erste Fremdsprache eine Landessprache.

\*

Die Schulpflegen im Kanton Zürich können zwischen 2007 und 2011 einmalig fünf unterrichtsfreie Tage beschliessen. Diese sollen von den Lehrpersonen dazu verwendet werden, sich gemeinsam der Schulentwicklung zu widmen und das für die Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes konzipierte Weiterbildungsangebot zu nutzen.

## Berufsbildung

Wer mit Cars, Kleinbussen oder Lastwagen Personen oder Güter transportiert, muss ab 1. September 2009 zusätzlich zum Führerausweis einen Fähigkeitsausweis erwerben und sich regelmässig weiterbilden.

\*

Der Souverän des Kantons Jura beschliesst die Errichtung eines Unterstützungsfonds für die Berufsbildung. Der Fonds wird durch einen Arbeitgeberbeitrag von 50 Franken pro 100000 Franken Lohnsumme gespeist. Aus dem Fonds werden jene Betriebe unterstützt, die Lehrlinge ausbilden.

## Verschiedenes

Das Bundesamt für Sport hat unter dem Titel «qims.ch» einheitliche Instrumente zur Qualitätssicherung im Sportunterricht vorgestellt. Das Baspo bietet heute Lösungen in Form von theoretischen Grundlagen und praktischen Anleitungen für den täglichen Unterricht an.

\*

Die Stadt Zürich macht bei einem EU-Projekt mit und bildet neu Freiwillige für den Einsatz in Altersheimen aus.

## Internationale Nachrichten

### Grossbritannien

Schweizer Studierende in Grossbritannien bezahlen ab sofort gleich hohe Gebühren wie ihre britischen und europäischen Mitstudierenden. Ausserdem können sich schweizerische Studierende unter bestimmten Bedingungen um Darlehen bewerben.

Abgeschlossen: 1. Juli 2007  
Walter E. Laetsch